Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 3

Artikel: Viscount D'Albernons "Memoiren". Teil II
Autor: Lessing, Kurt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157017

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die Basis und Bürgschaft einer bessern Zukunft: Der Friede zwischen Kapital und Arbeit.

Viscount D'Abernons „Memoiren".

Von **Kurt Lessing.**

II.

Leider gibt uns das Tagebuch keine Belege dafür, wieweit D'Abernon in seiner Wirksamkeit durch das Foreign Office eingeengt bezw. getrieben worden ist. Man kann ohne weiteres annehmen, daß D'Abernon in seinen Berichten nach London Vorschläge gemacht hat, welche Stellung in dieser und jener Sache der deutschen wie der französischen Regierung gegenüber einzunehmen sei, worauf dann das Foreign Office ihm Weisung erteilte, was er zu tun habe. Wir werden als wahrscheinlich annehmen dürfen, daß D'Abernon in Briefen an Lloyd George und Curzon die von ihm für richtig erkannte Politik verfocht und Antwort erhielt. Das Tagebuch enthält (wahrscheinlich infolge seiner Zurechtmachung für die Veröffentlichung) nichts davon. Nur eine Stelle läßt uns als wahrscheinlich erkennen, daß es an Kampf zwischen dem Botschafter und seiner vorgesetzten Behörde nicht gefehlt hat. Es ist der in dem der Quellenkritik gewidmeten Abschnitt erwähnte Bericht über eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Tuszar. Wenn er von diesem berichtet, daß er die französische Politik für vollkommen wahnsinnig hält und zu Anfang und zu Ende hervorhebt, welch ausgezeichneter Kenner Deutschlands Tuszar sei (der einen mit Frankreich verbündeten Staat vertritt), so wird man daraus schließen können, daß D'Abernon ihn als Zeugen braucht, weil trotz seiner Berichte das Foreign Office von dem Wahnsinn der französischen Politik nicht überzeugt war. — Eine andere Stelle läßt uns darauf schließen, wie sich D'Abernon (nach erfolgter Abstimmung) die Lösung der oberschlesischen Frage dachte. Er schreibt zum 7. Oktober 1921: „... Während es von größter Bedeutung ist, das Industriegebiet ungeteilt unter deutscher Führung zu belassen, wird weder das Ende der Welt gekommen sein, noch der englische Einfluß in Deutschland aufhören, wenn ein kleiner Teil des Gebietes gegen Entschädigung abgetrennt werden sollte." *) Danach dürfte D'Abernon in London dafür eingetreten sein, daß Polen für den ihm zufallenden Teil eine Entschädigung zahle. (Daß die britische Politik dafür eintrat, daß die Volksabstimmung wirklich berücksichtigt werde, ist bekannt.)

*) Tagebuchnotiz zum 9. Juni 1921: In der oberschlesischen Frage „befürwortet Moskau die polnische Lösung, hauptsächlich, weil sie die denkbar schlimmste ist. (Ganz Oberschlesien an Polen.) Die Russen glauben, daß die Polen die Industrie herunterwirtschaften werden, und daß ihr Zusammenbruch den Beweis der kapitalistischen Unfähigkeit erbringen und auf diese Weise dem Kommunismus zum Vorteil gereichen wird."

Und dann zeigt bei einer Angelegenheit das Tagebuch, daß der Botschafter D'Abernon einem Delegierten der deutschen Regierung dringend zu etwas rät, was er wenig vorher in einem Berichte ans Foreign Office als völlig unmöglich bezeichnet hatte. — D'Abernon war nach der Konferenz von Spa (Juli 1920) von seiner Regierung beauftragt worden, einen Bericht über die Finanzlage Deutschlands zu verfassen. Über diesen gibt das Tagebuch (S. 86 ff.) eine Übersicht. D'Abernon wendet sich energisch gegen den „Versuch einer verfrühten Festsetzung der Gesamtschuld" Deutschlands (Reparationsschuld); die in Boulogne festgesetzten Ziffern (269 Milliarden Goldmark, zahlbar in Annuitäten von 3 Milliarden in den ersten Jahren) bedeuten zwar eine bedeutende Herabsetzung der früheren französischen Schätzungen, ständen in Wirklichkeit aber „auf einem Niveau, das heute absolut unerreichbar ist, wenn man nicht die Sachleistungen sehr hoch veranschlagen will." Es folgt im Dezember 1920 die Konferenz von Brüssel. Das Tagebuch berichtet (S. 118 ff.): „Im Gespräch mit dem führenden deutschen Finanzdelegierten (Bergmann) erklärte ich ihm, wie sehr mir daran gelegen sei, Deutschland zur Annahme der in Boulogne festgesetzten Ziffern zu bringen." Das Tagebuch berichtet weiter, wie D'Abernon Bergmann, der die Ziffern „ganz unmöglich" nennt, an mehreren Tagen bearbeitet, den Plan von Boulogne anzunehmen, damit eine endgültige Lösung der Reparationsfrage zu erzielen. Also das volle Gegenteil davon, was er als seine Überzeugung im Juli nach London berichtet hatte. Daß sich D'Abernons Überzeugung geändert, ist kaum denkbar, die deutsche Finanzlage gab dazu keine Veranlassung. Das Wahrscheinliche ist, daß D'Abernons Bericht vom Juli nicht genügend überzeugend im Foreign Office gewirkt hatte, daß man dort beschloß, den Boulogner Plan durchzudrücken, und D'Abernon als Botschafter gegen besseres persönliches Wissen entsprechend wirken mußte. — Daß das Tagebuch zumeist nicht zu unterscheiden erlaubt, ob D'Abernon seine eigene Meinung ausspricht, oder daß, was zu sagen er instruiert worden ist, erschwert die Benutzung des Tagebuches und vermindert seinen Wert als Quelle. Welches ist die ursprüngliche Absicht des Foreign Office, welches ist die ursprüngliche Absicht D'Abernons, darüber bleiben wir zumeist im Unklaren. Die Komponenten bleiben uns verborgen (und sie sind das Interessanteste und Instruktivste), was wir sehen, ist die Resultante: die amtliche Tätigkeit D'Abernons bei der deutschen Regierung.

* * *

England ist durch den Versailler Vertrag zufriedengestellt, für England ist der Krieg gegen Deutschland völlig beendet: es soll wirklicher Frieden eintreten. Dies verlangt die englische Wirtschaft und dies ist nötig, wenn Deutschland große Reparationszahlungen leisten soll. Deshalb will England und sein Berliner Botschafter, daß der Wiederaufbau Deutschlands nicht gestört wird, deshalb ist es sogar bereit, dafür seine Hilfe zu leihen. Es ist dies der Standpunkt des gesunden Menschenverstandes und auch, wenn man einen schöneren Ausdruck dafür will: der Standpunkt der Ritterlichkeit.

In einer Unterredung mit Tardieu sagte ihm D'Abernon im Oktober 1920 (S. 92), die von gewissen Pariser Kreisen befürwortete Politik setze die Entente der Gefahr aus, völlig um die Reparationszahlungen zu kommen. „In Wirklichkeit liegt die Situation so, daß wir, England und Frankreich, Besitzer der Obligationen der Gesellschaft Deutsches Reich sind und im Interesse unserer Obligationen für die Prosperität dieser Gesellschaft sorgen und sie fördern müßten." D'Abernon hat am Ende der Unterredung den Eindruck, daß Tardieu sich darüber klar sei, „daß die rücksichtslose, ungezügelte Shylockhaltung, die von einigen (französischen) Nationalisten befürwortet wird, sich finanziell nicht rechtfertigen läßt und nur im Hinblick auf spätere politische Pläne vertreten werden kann." — Das Tagebuch sagt vorsichtig (ursprünglich oder infolge der Redigierung) „spätere politische Pläne". Es berichtet (unterm 1. März 1921) eine Äußerung Lloyd Georges D'Abernon gegenüber: „Die Franzosen können sich nie darüber klar werden, ob sie Zahlungen wollen oder die Freude an der Demütigung Deutschlands durch die Besetzung der Ruhr oder irgend ein anderes politisches Gewaltmittel vorziehen. Es ist offensichtlich, daß sich beides nicht vereinigen läßt..." Während der 2. Londoner Konferenz (April-Anfang Mai 1921), der D'Abernon beiwohnte, verlangen die Franzosen den sofortigen Einmarsch ins Ruhrgebiet, angeblich um dadurch Deutschland zur Annahme des Beschlusses der Reparationskommission auf Zahlung von insgesamt 132 Milliarden Goldmark zu zwingen. Die Engländer suchen die Besetzung der Ruhr zu verhindern, können aber — ein deutliches Zeichen ihrer Schwäche — nichts anderes tun, als den sofortigen Einmarsch der Franzosen dadurch zu verhindern, daß sie bei diesen die Absendung eines Ultimatums an Deutschland durchsetzen, binnen sechs Tagen sich mit den 132 Milliarden Goldmark einverstanden zu erklären, ansonst die Besetzung des Ruhrgebietes erfolge. Das Ultimatum wird angenommen, hierdurch für diesmal die Besetzung der Ruhr verhindert. (Da es zwei Jahre später doch zur Besetzung der Ruhr kam, kann man die Absendung des Ultimatums für einen Fehler der englischen, seine Annahme für einen Fehler der deutschen Politik halten. Man muß berücksichtigen, daß die Ruhrbesetzung später von Frankreich und Belgien allein vorgenommen wurde, diese sich dadurch isolierten, die Amerikaner zum Abmarsch vom Rhein brachten. Im Mai 1921 aber hätten sich die Engländer aller Wahrscheinlichkeit nach an der Ruhrbesetzung beteiligt, obwohl die meisten Kabinettsminister „Gegner der Ruhrbesetzung und hauptsächlich der Beteiligung Englands" (S. 179) waren: als Unterzeichner des Ultimatums war England gebunden.) Über die Motive Frankreichs schreibt D'Abernon unterm 29. April 1921: „Die Besetzung der Ruhr wird von gewissen Kreisen in Frankreich gefordert: von der Poincarégruppe, und zwar teils aus politischen Gründen, teils zur Sicherstellung der Zahlungen, und von der Partei des Marschalls Foch in der Annahme, daß sie zu einem Zusammenbruch Deutschlands und zu einer dauernden Festsetzung der französischen Grenze am Rhein führen wird." — Den „späteren politischen Plänen" im Gespräch mit Tardieu

entsprechen hier die „politischen Gründe" der Poincaré-Gruppe. Worin diese bestehen, sagt das Tagebuch (jedenfalls in seiner Veröffentlichung) nicht. Offener schreibt D'Abernon in der Einführung (S. 39) darüber: „Die Tatsache, daß die von den Alliierten angewandten Methoden (in der Reparationsfrage) zu nichts anderem als zu einer weitgehenden Schwächung der deutschen Zahlungsfähigkeit führen mußten, war so offensichtlich, daß viele Beobachter den Eindruck hatten, die französische Regierung sei sich selbst darüber im Unklaren, ob ihr daran gelegen sei, wesentliche Reparationszahlungen von einem wiederhergestellten Deutschland zu erlangen, oder ob sie nicht den finanziellen Ruin des Schuldners vorziehe, selbst wenn er seine vollkommene Zahlungsunfähigkeit bedeuten würde. Ein finanziell zusammengebrochenes Deutschland würde sich eher von Frankreich militärisch, politisch und diplomatisch beherrschen lassen. Dieses Ziel mochte verlockender scheinen als Reparationszahlungen."

England wollte Reparationszahlungen von Deutschland, wollte mit ihm Handel treiben, konnte nicht zulassen, daß es militärisch, politisch und diplomatisch von Frankreich beherrscht werde, deshalb mußte sich D'Abernon als britischer Botschafter der Reparationspolitik Frankreichs entgegenstemmen.[4]) Unzweifelhaft hat er dabei nicht vollen Erfolg gehabt, dazu war die Kraft Englands zu schwach und der Premierminister Lloyd George zu sehr Mann der Innenpolitik. D'Abernon meint, erst durch die Verheerungen der Ruhrbesetzung und dem auf sie folgenden Zusammenbruch der ganzen deutschen Finanzorganisation sei den Staatsmännern der „ganze Irrsinn des von ihnen eingeschlagenen Weges" klar geworden (S. 48). Unzweifelhaft aber hat die englische Politik und mit ihr D'Abernon in den Jahren 1920—22 viel für Deutschland und Europa Verderbliches verhindern können. —

Aber auch mit den verschiedenen deutschen Regierungen (Regierungen der Linken) dieser Jahre ist D'Abernon keineswegs zufrieden. Dem Tagebuch zufolge hat es ihm die größte Mühe und lange Zeit gekostet, die deutschen Minister und vor allem Rathenau davon zu überzeugen, daß der Kurswert der Mark von der Zahl der ausgegebenen Banknoten abhängt, die Inflation also den Markkurs tiefer treibe und nicht die passive Handelsbilanz, wie die Deutschen meinten. Die deutschen Unterhändler auf den Reparationskonferenzen 1920—23 hätten, schreibt D'Abernon in der Einführung (S. 39 f.), „keineswegs den Eindruck gemacht, als ob sie besonders darum besorgt wären, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen, oder sich ernsthaft bemühen würden, die Reparationsforderungen der Alliierten, wie sie im Versailler Vertrag festgesetzt worden waren, zu erfüllen. Der unparteiische Beobachter konnte

[4]) Für die britische Reparationspolitik unter Lloyd George ist folgende Bemerkung (S. 177) aus der Zeit der 2. Londoner Konferenz, unterm 29. April 1921, interessant: „Der Premierminister will von keinem Plane hören, der nicht die 50prozentige Abgabe der Einfuhr nach England enthält (wahrscheinlich verdruckt für: 25prozentige (Reparations-) Abgabe auf der [deutschen] Einfuhr nach England). Er behauptet, daß England sonst nichts bekommen würde; Frankreich und Belgien würden es schon fertig bringen, sich der gesamten deutschen Zahlungen zu bemächtigen."

sich nicht des Verdachtes erwehren, daß Deutschland keinen ernstgemeinten Versuch, die Stabilität seiner Währung und das Gleichgewicht seines Haushalts herzustellen, unternehmen würde, bevor nicht eine endgültige, die deutschen Finanzleute befriedigende Regelung des Reparationsproblems erzielt wurde." Und dann leidet der vielgewandte Geschäftsmann D'Abernon unter dem Ungeschick der deutschen Minister. Über Außenminister Simons klagt er z. B., daß dieser bei seiner präzisen juristischen Mentalität jeden Doppelsinn vermeiden wolle, „während bei einer so schwierigen Verhandlung der Doppelsinn nicht nur nützlich, sondern sogar unentbehrlich ist" (S. 164). Daß und weshalb D'Abernon den Deutschen Mangel an politischer Begabung zuschreibt, haben wir schon erwähnt.

D'Abernon ist in den Jahren 1920—22 der Ansicht, daß nur vorläufige Regelungen, aber noch keine endgültige Lösung der Reparationsfrage gefunden werden könnten. Und er ist der Überzeugung, daß nur mit Beihilfe der Vereinigten Staaten die Reparationsfrage endgültig geregelt werden könne.

Die erste Spur davon finden wir in der Tagebuchaufzeichnung vom 3. März 1921. Hier wird die Äußerung Philip Kerrs wiedergegeben, der erwartet, daß sich etwa in zwei Jahren die Vereinigten Staaten für die europäischen Geschehnisse interessieren und eine allgemeine Regelung durchführen, Europa die Schulden erlassen würden, vorausgesetzt, daß auch Deutschland ein großer Teil der Reparationen erlassen würde. — Hierzu bemerkt D'Abernon: „Wenn diese Voraussage richtig ist..." Bestimmter klingt es schon am 18. April 1921. Der amerikanische Kommissar Dresel trat D'Abernon gegenüber dafür ein, daß Deutschland die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika übernehme. Da dieser Gedanke sich in den letzten Monaten durchgesetzt hat, seien die Bemerkungen D'Abernons hierzu wiedergegeben. Es wäre ein schlechter Tausch für Amerika, statt England Deutschland als Schuldner zu haben, „aber ich bin nicht so sicher, ob es so ungünstig sein würde, Frankreich und Italien gegen Deutschland einzutauschen." Er sagt dann, was heute nicht mehr zutrifft, daß diese drei Länder vor dem Bankerott stehen, und fügt hinzu, was heute noch, zwar nicht für Italien, das sein Schuldenabkommen mit Amerika ratifiziert hat, aber für den Hauptgläubiger Amerikas, Frankreich, seine Gültigkeit hat: „Aber Frankreich und Italien erheben noch — ganz abgesehen von den finanziellen Schwierigkeiten — den Anspruch auf das heilige moralische Recht, Zahlungen zu verweigern, von denen Deutschland bei der Übernahme der Schulden keinen Gebrauch machen könnte." Tatsächlich wird der ganze amerikanisch-französische Streit über das Mellon-Bérenger Schuldenabkommen begraben sein, wenn Deutschland Frankreichs Schulden an Amerika zahlt. Bisher wagte keine Regierung es den Kammern vorzulegen, weil die Zahlungen zu lange dauern und die Annuitäten zu hoch seien. Übernimmt sie (neben denen der andern) Deutschland, so werden die französischen Kammern weder die Annuitäten zu hoch, noch ihre Anzahl zu groß finden, sie werden das Schuldenabkommen anstandslos genehmigen.

Dies nebenbei, wichtiger für die damalige Lage und die Gedankengänge D'Abernons ist seine Bemerkung: „Ich hoffe jedoch, daß es gelingen wird, Amerika auf irgend eine Weise heranzuziehen, denn es ist klar, daß die die französische Nervosität beschwichtigenden Elemente jeder möglichen Stärkung bedürfen, von welcher Himmelsrichtung oder von welcher Seite des Ozeans sie auch kommen mag."

Nach London während der dortigen zweiten Konferenz berufen, hat D'Abernon dem Außenminister Lord Curzon vorgestellt, daß „es unbedingt notwendig sei, Amerika an der Reparationsfrage zu interessieren", was aber dieser mit keiner besonderen Begeisterung aufgenommen hat. (Unterm 2. Mai heißt es: „Die Frage der Hinzuziehung Amerikas zu den Verhandlungen wird sowohl von Lloyd George wie von Lord Curzon eher pessimistisch beurteilt.) Das Tagebuch fährt fort: „Ich bin der Ansicht, daß man Frankreich nur durch ein Zusammenarbeiten zwischen England und Amerika zügeln und Deutschland zur Erfüllungspolitik zu zwingen vermag." Und endlich nach Schluß der Londoner Konferenz, unterm 7. Mai: „Es wird jetzt immer klarer, daß eine Regelung der allgemeinen Verschuldung ohne die Intervention Amerikas und ohne Konzessionen seitens der Vereinigten Staaten nicht möglich ist."

So das Tagebuch. In der Einführung, die unter der Erfahrung auch der späteren Jahre geschrieben, erfährt dies eine Einschränkung. Es schreibt, die Besetzung der Ruhr bedrohte auch andere Staaten als nur Deutschland mit einer finanziellen Katastrophe; schon Anfang 1924 beginnt sich der amerikanische Einfluß geltend zu machen; in den beiden von der Reparationskommission ernannten Sachverständigenkomitees (Dawes und Mac Kenna) sitzen Amerikaner. „Aber selbst der praktische Sinn der Amerikaner und die klare Erkenntnis der Grenzen des Möglichen" hat weniger zur Lösung der Reparationsfrage durch Aufstellung und Annahme des Dawes-Planes beigetragen, als der Sturz Poincarés durch die Maiwahlen 1924. „Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß, wenn Poincaré im Amt geblieben wäre, die Londoner Konferenz, die zur Annahme des Dawesplanes führte, schwerlich eine glückliche Lösung erzielt hätte."

Dies ist vor wenigen Monaten geschrieben und sicher für die Gegenwart interessant. Zur Lösung der Reparationsfrage gehört nach D'Abernon die Mitwirkung der Vereinigten Staaten, aber diese ist unzureichend, solange Poincaré an der Macht ist.

* * *

Neben der Reparationsfrage stand durch Jahre die Frage der Entwaffnung Deutschlands. Es ist auffallend, wie oft D'Abernon im Tagebuch erklärt, seiner Ansicht nach sei Deutschland entwaffnet. In der Tagebucheintragung zum 30. September 1921 (die über fünf Druckseiten groß ist und sehr wahrscheinlich einen Auszug aus einer Denkschrift D'Abernons für das Foreign Office bildet) heißt es (S. 237): „Die Kontrollkommission ... hat ihre Aufgabe so erfolgreich gelöst, daß meiner

Ansicht nach Deutschland unfähig wäre, einen Feldzug gegen die Entente oder selbst gegen ein isoliertes Frankreich mit der geringsten Aussicht auf Erfolg zu führen." — Sehr interessante Betrachtungen stellt D'Abernon unterm 13. März 1922 an. Er beginnt mit der Feststellung, daß ein deutscher Revanchekrieg heute nicht im Bereiche der praktischen Politik liege. Dank dem militärischen Sinn und Verständnis des deutschen Volkes ist es von ihm am allerwenigsten zu erwarten, daß es einen Krieg ohne genügende Vorbereitung und entsprechendes Kriegsmaterial begänne. Nun aber die Überlegung, ob es politisch erwünscht sei, die Angst vor einem deutschen Revanchekrieg, soweit sie nicht nur vorgetäuscht ist, zu zerstreuen. „Die durch sie hervorgerufene Unruhe hat offensichtliche Nachteile, aber andererseits würde die Gesamtlage durch ihr Verschwinden nicht viel besser. Die Vorherrschaft Frankreichs und seiner militärischen Alliierten würde nicht nur tatsächlich vorhanden sein, wie sie es heute ist, sondern Frankreich selbst so klar bewußt werden, daß es eine noch betontere, stärkere Selbstsicherheit hervorrufen würde. Übermäßiges Selbstgefühl kann noch schlimmer sein als Furcht." Aber hinwiederum, man darf sich nicht von der falschen Voraussetzung, daß ein Revanchekrieg in den nächsten Jahren möglich wäre, in der Beurteilung der Lage irreleiten lassen. „Dies kann nicht oft genug wiederholt werden, denn wenn immer wieder der Schrei „Der Wolf — der Wolf!" ertönt, wird man ihm schließlich aus Müdigkeit oder Schwäche Glauben schenken; die aktive Skepsis muß in ihrem Kampf gegen die ewigen Schreckgespenster der Furcht, des Wahnsinns oder der bösen Absicht dauernd gestärkt werden."

Als Enthüllung wirkt, was D'Abernon unterm 4. Mai 1922 notiert: „Ich traf gestern beim Abendessen Nollet, den französischen Präsidenten der interalliierten Kontrollkommission, und hatte ein langes Gespräch mit ihm und dem General Barthélemy, dem fähigsten seiner Mitarbeiter. Es fiel mir besonders auf, wie gemäßigt und vernünftig ihre Ansichten klangen. Beide sind sich dessen bewußt, daß Deutschland heute unfähig ist, einen Krieg zu führen. Barthélemy insbesondere betonte, daß der Krieg ohne wissenschaftliche Hilfsmittel und schwere Kanonen vollkommen unmöglich ist. Gegen Polen könnte Deutschland vielleicht noch einen Guerillakrieg führen, gegen ein französisches Heer käme er gar nicht in Frage." D'Abernon schließt diese Aufzeichnung: „Sowohl Nollet wie Barthélemy sind sich vollkommen dessen bewußt, daß das einzige Hindernis der deutschen Revanchepolitik „materiell" und nicht „personell" ist. Ich weiß nicht, was die Generäle nach Paris berichten. Ihrer privaten Meinung nach ist eine militärische Gefahr von deutscher Seite vollkommen ausgeschlossen. Nollet ist auch in Bezug auf eine Lösung sehr optimistisch: Vous allez voir — tout s'arrangera."

„Ich weiß nicht, was die Generäle nach Paris berichten," sagt sehr bedeutungsvoll D'Abernon. Sie berichteten so, daß die Kölner Zone statt der vertraglichen fünf Jahre sechs Jahre besetzt gehalten wurde, daß erst Jahre später die deutsche Entwaffnung als vollzogen anerkannt wurde, nachdem im Frühjahr 1922 der sehr sachverständige General

Barthélemy der Überzeugung war, daß Deutschland Polen gegenüber vielleicht einen Kleinkrieg der Verteidigung führen könnte, zum Angriff also nach Osten unfähig und gegen Frankreich selbst zur Verteidigung außerstande sei. Man wird aber nach dem von D'Abernon Mitgeteilten annehmen dürfen, daß es nicht an den Generälen Nollet und Barthélemy lag, wenn sie so nach Paris berichteten, sondern an einer andern Stelle, die solche Berichte verlangte. (Von einem Mann erwarten wir allerdings in einem solchen Fall, daß er sagt: ich berichte nicht gegen meine Überzeugung, wenn ihr solche Berichte verlangt, so setzt einen andern an diese Stelle.) Man sieht, wie sehr sich die reichsdeutsche Presse irrte, als sie sich entrüstete, daß Herriot Nollet zu seinem Kriegsminister machte. Herriot wird Nollet gekannt haben, wie D'Abernon ihn kannte. Die reichsdeutsche Presse kannte Nollet nur daraus, was Paris aus seinen Berichten machte und ihm befahl, verkannte ihn deshalb notwendigerweise.

Wir haben (im Mai-Heft, S. 74) erwähnt, daß D'Abernon sehr zufrieden mit dem Versailler Vertrag ist. Durch ihn habe England die wesentlichen und fundamentalen Ziele seiner Politik erreicht. D'Abernon erwähnt die Entwaffnung Deutschlands zur See, nicht aber die zu Lande. Hätte er diese erwähnt, so hätte er sich mit dem Versailler Vertrag nicht so zufriedenstellen können. Durch die Entwaffnung der Mittelmächte fehlt England zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahrhunderten das Schwert auf dem Kontinent, das es gegen die Macht wenden kann (und immer gewendet hat), die die Hegemonie über das Festland anstrebt. Die Hegemonialstellung Frankreichs sieht und empfindet D'Abernon sehr wohl. Er findet, die französische Angst vor der deutschen Revanche sei nützlich, da sonst die Hegemonialstellung Frankreichs und seiner Verbündeten noch stärker zur Auswirkung kommen würde. Merkwürdiger Gedanke. Birgt diese Angst nicht auch die Versuchung, über den alten Gegner noch einmal herzufallen, um ihn so zu Boden zu schlagen, daß man keine Angst mehr vor ihm zu haben braucht? — Man sollte erwarten, D'Abernon komme zu dem Schluß: die Entwaffnung Deutschlands war für England ein Fehler, denn sie hat die Bildung einer festländischen Hegemonialmacht ermöglicht. Die ganze destruktive Politik Frankreichs, gegen die England (mit geringem Erfolg) ankämpft, wäre gar nicht möglich, wenn Deutschland nicht völlig wehrlos wäre. Deutschland könnte, wehrfähig, seine Aufgabe als Bollwerk gegen das bolschewikische Rußland (hierüber das folgende Kapitel) erst wirklich erfüllen. Also muß Deutschland mindestens eine solche Wehrmacht zugestanden werden, daß es sich gegen einen Angriff verteidigen kann. — Dies wäre die Forderung der englischen Kontinentalpolitik jener Jahre. Dies wäre die logische Folgerung so mancher Stelle des Tagebuchs. — Wir haben nicht eine einzige Stelle gefunden, die auch nur andeutungsweise diese Folgerung zieht. Es wäre nun sehr einfach, zu sagen: diese Stellen sind eben der Redigierung zum Opfer gefallen. Hierfür haben wir keinerlei Anhaltspunkte. Gewiß ist D'Abernon mit der Art, wie die Entwaffnung durchgeführt wurde, nicht einverstanden, all die Chikanen hält er für unklug, und der „Entwaffnungspolitik" ist er ebenso Gegner wie der „Reparationspolitik". Er will

auch die Selbstschutzverbände gegen kommunistische Bestrebungen bestehen lassen. Aber damit, daß Deutschland gegen das Ausland militärisch wehrlos ist, scheint er einverstanden zu sein.

Man könnte annehmen, D'Abernon sage sich: die Entwaffnung gehört nun einmal zum Versailler Vertrag, es ist längst noch nicht Zeit, ihn zu ändern, also kann man an der Entwaffnung noch nicht rühren. Das ist es nicht. Meint er doch, man solle mit Deutschland frühzeitig ein Abkommen über seine Entwaffnung schließen, da die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages, wie der ganze Vertrag (wegen seiner Annahme unter Zwang), auf schwachen Füßen stehen, und später sich eine Kontrolle der deutschen Rüstung auf Grund der Vertragsbestimmungen schwer werde durchführen lassen.

Vielleicht bringen die kommenden Bände der Memoiren eine Erklärung dafür, was man heute kaum anders denn als Mangel an Logik, als Mangel an dem sonst so oft bewiesenen gesunden Menschenverstand ansehen kann. Sehr unwahrscheinlich erscheint es, daß D'Abernon etwa der Ansicht gewesen wäre, die Entwaffnung Deutschlands würde, wie es der Versailler Vertrag verspricht, eine allgemeine Rüstungseinschränkung nach sich ziehen, weshalb er Deutschland habe entwaffnet sehen wollen. Von Illusionen ist D'Abernon völlig frei; wir können uns nicht entsinnen, auf den 452 Seiten ein einziges Mal das Wort Völkerbund gefunden zu haben.

* * *

England hat im Weltkrieg das unerhörte Glück gehabt, daß seine Feinde, die Zentralmächte, seinen Verbündeten, Rußland, derart schlugen, daß das dortige Regime niederbrach und nach kurzem Übergang eine kommunistische Herrschaft hochkam, die nun, Rußland im Innern zerrüttend, es nach außen lähmte. Englands Außenminister Grey hatte zwar vor dem Kriege eine Interessentenbereinigung mit Rußland in Asien durchgeführt, aber es war mehr ein ad hoc geschaffenes Werk, versprach keine Dauer. Einem siegreichen, mit Frankreich verbündeten Rußland gegenüber wäre England in eine äußerst schwierige Lage gekommen. Aber auch mit einem halbwegs kräftig aus dem Kriege hervorgehenden Rußland drohte eine gefährliche Auseinandersetzung. Das riesenhafte europäisch-asiatische Reich war eben nur infolge einer notwendigerweise zeitlich eng begrenzten Politik der Verbündete Englands, durch geopolitische Bedingtheit und durch den beiden Reichen innewohnenden imperialistischen Drang ist es der ständige Gegner Englands. — Es war ein nicht hoch genug einzuschätzender Gewinn für England, daß Rußland bei der großen Neuordnung des Besitzes nicht mitsprechen konnte.

Dieses Rußland verfügte nicht in ausreichendem Maße über die alten Machtmittel des alten Staates, dafür erwies sich seine kommunistische Propaganda in Asien als wirksamer, als man angenommen hatte. Und bald entstand eine neue Gefahr. Die Gefahr nämlich, daß Deutschland durch die Nachkriegspolitik Frankreichs dem bolschewistischen Rußland und vielleicht sogar dem russischen Bolschewismus in die Arme

getrieben wurde. Dem Tagebuch nach zu schließen, hat D'Abernon diese Gefahr nicht gerade früh erkannt, obwohl er, wie das Tagebuch auch zeigt, verschiedentlich von deutschen Ministern auf sie aufmerksam gemacht wurde. Erst nach dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages vom 17. April 1922 während der Konferenz von Genua, des Rapallo-Vertrages, läßt sich D'Abernon selbst über die Gefahr aus. Unterm 24. April schreibt er, in Berlin sehe man im Rapallovertrag eine bloße Verständigung mit Rußland, die Deutschland von gewissen finanziellen Drohungen befreit (Poincaré hatte Rußland Frankreichs Unterstützung versprochen, wenn es Reparationsforderungen an Deutschland geltend macht; mit den deutschen Zahlungen sollte dann Rußland seine Schulden an Frankreich abtragen), aber keine Neuorientierung der deutschen Politik. „Aber wenn dies auch heute nicht der Fall ist," schreibt dann D'Abernon als seine eigene Meinung, „so kann sich die Sachlage in Zukunft doch ändern. Unter einem unerträglichen Druck oder in einer schweren wirtschaftlichen Not können die Deutschen zu der Überzeugung gelangen, daß eine Änderung ihrer Politik notwendig ist. Sollte ein solcher Umschwung sich vollziehen, so würde die Schuld die französischen Chauvinisten treffen, die ihr möglichstes tun, um die Gefahr heraufzubeschwören, die wir und sie am meisten zu befürchten haben."

Wir sagten, im Tagebuch zeige sich die Erkenntnis der neuen Gefahr erst spät, es ist aber möglich, daß frühere Stellen, die sie zeigen, für die Veröffentlichung gestrichen wurden, jedenfalls sagt D'Abernon in dem Kapitel der Einführung, das er „Die russische Gefahr" überschreibt (S. 35): „... Dies waren einige der Argumente, die vom ersten Augenblick an (wir sperren) besonnene Männer daran zweifeln ließen, ob die Politik der reinen Gewalt gegen Deutschland für Europa oder England von dauerndem Vorteil sei." Es erscheint uns wahrscheinlich, daß D'Abernon früh an diese Gefahr dachte, war sein Blick doch nicht auf den Kontinent oder gar die Rheinlinie allein gefesselt, war er doch als Brite gewohnt, an das ganze britische Reich zu denken und dessen Hauptfeind war Rußland. Als Zeitpunkt werden wir die Niederlage der Polen durch das bolschewistische Heer, und D'Abernons Teilnahme an der englisch-französischen Mission für Polen (Juli 1920) annehmen dürfen. Am Schlusse der Tagebuchaufzeichnung über seinen weiter oben erwähnten Bericht zur Finanzlage Deutschlands schreibt D'Abernon (S. 91): „Aber unsere ganze Zukunft ist durch den bolschewistischen Einbruch in Polen in Frage gestellt. Falls die Sowjetheere Warschau einnehmen sollten, wäre der Ausbruch des Kommunismus in ganz Deutschland zu erwarten und jede finanzielle Erholung auf Monate oder Jahre hinaus vereitelt. Die Gefahr, die eine Einnahme Warschaus für ganz Mitteleuropa bedeutet, wird in London und in geringerem Maße in Paris gewaltig unterschätzt. Die Franzosen haben jedenfalls ein besseres Verständnis für diese Drohung als die Politiker Englands." — Die Bolschewiken wurden zurückgeschlagen, aber D'Abernon setzt kein großes Vertrauen in den polnischen Staat. Er lehnt die polnische Behauptung von dem durch Pilsudski und das Slawentum voll-

brachten Wunder ab, nimmt das Verdienst an der Rettung Polens für die Mission der Westmächte in Anspruch (im Essay über General Weygand). — In der Zeit der Vorbereitungen auf die Konferenz von Genua, als es ruchbar wird, daß Poincaré eine Annäherung an Sowjetrußland betreibt, schreibt D'Abernon unterm 20. Januar 1922 in sein Tagebuch: „Die Polen fangen an, unruhig zu werden, weil sie sich vollkommen dessen bewußt sind, daß ihr ziemlich kostspieliger Zauber sehr schnell in den französischen Augen verblassen wird, wenn man ihn mit dem der Moskauer Erbin vergleicht." „Ziemlich kostspieliger Zauber", abfälliger kann man kaum über die Macht des polnischen Staates urteilen. D'Abernon hat wenig Vertrauen in Polen als Bollwerk gegen den Bolschewismus. Alles kommt auf Deutschland an.

Liege der Zeitpunkt der Erkenntnis der Gefahr eines Zusammengehens Deutschlands mit Rußland früher oder später, jedenfalls hat sie D'Abernon mit voller Wucht gepackt und sein Handeln aufs stärkste beeinflußt. Sie ist es, die ihn zum geistigen Urheber von Locarno macht.

Berichtet das Tagebuch bis auf die angeführte Stelle nichts davon, so läßt sich D'Abernon in der Einführung ausführlich darüber aus. Der politische Praktiker ist von aller Ideologie zu weit entfernt, als daß er Deutschland den Anschluß an Sowjetrußland als Verbrechen anrechnen würde. Er schreibt vielmehr (S. 31), an sich stünden einer Verbindung mit den Bolschewiken große Schwierigkeiten, die im deutschen Geist und Wesen liegen, entgegen. „Und doch ist es kaum zweifelhaft, daß ein blindes Beharren auf der bisherigen Politik, die den Zusammenschluß der Alliierten gegen Deutschland über den Krieg hinaus beibehielt, letzten Endes Deutschland zu einer engen Verbindung mit Rußland gezwungen hätte." Wenige Zeilen weiter: „Aber wenn die westlichen Alliierten fortgefahren wären, Deutschland zu knechten und zu unterdrücken, hätte Deutschland keine andere Alternative gehabt, als sich mit Rußland zu verbinden."

Die daraus entspringende Gefahr: einmal die Ausbreitung des Kommunismus in Mittel- und Westeuropa, dann, für den Briten noch wichtiger: „eine ungeheure Erstarkung der Kräfte des Umsturzes in Asien." „Ein asiatischer Aufruhr gegen die bestehende Ordnung unter deutscher Leitung, von deutscher Industrie und Wissenschaft unterstützt..." Wirklich eine ungeheure Gefahr für das britische Reich.

Deshalb fordert das Interesse des britischen Reiches, das D'Abernon zu vertreten hat, daß Deutschland weder durch eine Reparationspolitik, die es zur wirtschaftlichen Verelendung bringt und so für den Kommunismus reif macht, noch durch Sanktionen, durch Unterdrückung und Knechtung Sowjetrußland in die Arme getrieben wird.[5]) — Der Kampf D'Abernons ist lange vergeblich, die britische Regierung ist zu schwach, sich Frankreich entgegenzustellen, erkennt wohl auch nicht immer den

[5]) D'Abernon schreibt (S. 31): „Schon im Jahre 1923, in der Zeit der Ruhrbesetzung, hat ein kluger Beobachter in England gesagt, daß, wenn er die Politik Deutschlands zu bestimmen hätte, er den übermäßigen Druck der Alliierten durch ein russisches Bündnis beantwortet haben würde."

„vollkommenen Wahnsinn" der französischen Politik (denn, sagte Tuszar, aus einem eventuellen Zusammenbruch kann nur eine Arbeiterregierung hervorgehen, gegen die mit Militär vorzugehen für die französische Regierung nicht in Frage käme). Die Versuche, Frankreich zu mäßigen, indem England durch ein Bündnis ihm seine Sicherheit garantiert, scheitern. Die Ruhrbesetzung treibt die Gefahr auf den Gipfel, da macht der Sturz Poincarés die Bahn zur teilweisen Entpolitisierung der Reparationsfrage frei, der Reparationskommission, in der Frankreich-Belgien dominieren, werden ihre gefährlichen Befugnisse genommen, Sanktionen sind nun nicht mehr zu befürchten. Und endlich gelingt es D'Abernon, Locarno durchzusetzen. Locarnos Sinn ist für D'Abernon vor allem die Abwendung der Gefahr, daß Deutschland in die Arme Rußlands getrieben wird, im weiteren, daß es sich den Westmächten gegen Sowjetrußland anschließt. Das erste, hauptsächliche, ist durch Locarno erreicht.

Aber — wir haben behauptet, die Veröffentlichung der Memoiren erfolge in einer bestimmten politischen Absicht — die englische Politik hat sich wiederum eng an die französische gebunden, die von Poincaré geleitet wird. Locarno ist ein Versprechen geblieben, war kein Anfang. D'Abernon, der seinen Berliner Posten verlassen hat, als er sein Werk vollendet glaubte, sieht sein Werk in Gefahr. Er befürchtet, daß der „Zusammenschluß der Alliierten gegen Deutschland ... letzten Endes Deutschland zu einer engen Verbindung mit Rußland" zwingen werde. Deshalb veröffentlicht er seine Memoiren: discite moniti!

Johann Kaspar Weißenbach und das schweizerische Barocktheater.

Von **Oskar Eberle**, Schwyz.

Hier wird an einem Beispiel gezeigt, wie die tiefsten Ideen des Barock, die staatlichen und religiösen, in Dramen des bedeutendsten Barockdramatikers der Schweiz Gestalt gewannen: ein bescheidener Beitrag zur Erkenntnis des Geisteserbes der altgläubigen Schweiz.

Der heiße Wunsch nach geistiger, religiöser und künstlerischer Erneuerung in der Schweiz, seit der Mitte des 15. Jahrhunderts, schuf an Stelle der einzigen katholischen, scholastischen, gotischen Welt zwei neue auf dem engen Raume der Eidgenossenschaft, die man von der Architektur her bezeichnet als Renaissance und Barock. Renaissance und Barock sind so sehr die beiden Hälften derselben Welt, wie Mann und Frau die beiden Formen derselben Wesenheit Mensch sind. Die gleichen Triebkräfte haben in der Schweiz beide Epochen ans Licht gehoben. In der einen Hälfte der Schweiz führte die religiöse Erneuerung zur Reformation Zwinglis, die geistige Wiedergeburt zum Humanismus, der neue Stil heißt Renaissance. In der andern Hälfte der Schweiz wird der